

SYRIEN

Gewerkschaftsmonitor

April 2024

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Zwischen der Unabhängigkeit Syriens im Jahr 1946 und dem Militärputsch der von den Baathisten dominierten arabischen Nationalisten im Jahr 1963 wurde Syrien von traditionellen Großgrundbesitzer_innen und Kaufleuten regiert. Der radikale Flügel der Baath-Partei unter Salah Dschadid, der zwischen 1966 und 1970 an der Macht war, führte Agrarreformen und Verstaatlichungen durch und sorgte für den Aufbau eines großen öffentlichen Sektors. Diese Maßnahmen verringerten die Klassenunterschiede erheblich und führten gleichzeitig ein Sozialversicherungssystem, kostenlose staatliche Dienstleistungen, subventionierten Wohnraum, kostenlose Bildung und eine öffentliche Gesundheitsversorgung ein, wovon große Teile der Arbeiter_innenklasse und der Kleinlandwirt_innen profitierten.

Der von Hafiz al-Assad angeführte Staatsstreich von 1970 sowie die anschließende »Korrekturbewegung« beendeten die radikale sozioökonomische Politik und leiteten einen fortschreitenden Prozess der langsamen, aber schrittweisen wirtschaftlichen Liberalisierung ein, der in den 1980er-Jahren von Sparmaßnahmen begleitet wurde und darauf abzielte, die Unterstützung von Teilen der Bourgeoisie in Damaskus zu gewinnen.

Nach dem Tod von Hafiz al-Assad und der Machtübernahme seines Sohnes Baschar al-Assad im Jahr 2000 wurde der patrimoniale Charakter des Staates in den Händen der Familie Assad und ihrer Verwandtschaft durch eine beschleunigte neoliberale Politik und den Austausch von Teilen der alten Garde durch Verwandte oder Assad nahestehende Personen erheblich gestärkt. Gleichzeitig wurde die Abhängigkeit von korporatistischen Organisationen, einschließlich Gewerkschaften und Bauernverbänden, die den Zugang und die Präsenz des Regimes in ländlichen und peripheren Gebieten sicherstellen, erheblich geschwächt. Stattdessen wurde die Bedeutung der Sicherheitsdienste in diesen Gebieten weiter gestärkt.

Diese Politik zielte darauf ab, die private Akkumulation vor allem durch die Vermarktlichung der Wirtschaft zu fördern, während sich der Staat aus den Schlüsselbereichen der Sozialfürsorge zurückzog, was die bereits bestehenden sozio-ökonomischen Probleme verschärfte. Dies war jedoch kein vollumfänglicher Prozess: Der syrische Staat behielt eine relativ wichtige Rolle in der Wirtschaft, da er rund 25 Prozent der syrischen Arbeitskräfte beschäftigte und – mit Ausnahme einiger Grundstücke am Euphrat – keine größeren staatlichen Vermögenswerte veräußerte.

Von dieser neoliberalen Politik, die auch mit Sparmaßnahmen einherging, profitierten vor allem die syrische Oberschicht und ausländische Investor_innen, insbesondere aus den Golfmonarchien und der Türkei, was zulasten der großen Mehrheit der verschiedenen Bevölkerungsschichten in Syrien ging, die von der Inflation und den steigenden Lebenshaltungskosten betroffen waren. Dies spiegelte sich auch im Arbeitsgesetz Nr. 17 aus dem Jahr 2010 wider, das die Beziehungen zwischen Arbeitnehmer_innen und Arbeitgebern im privaten, öffentlich-privaten und genossenschaftlichen Sektor regelte und den Arbeitgebern in Artikel 64 des Gesetzes das Recht einräumte, ihre Arbeitnehmer_innen ohne jegliche Begründung und nur mit einer begrenzten Entschädigung zu entlassen.

Der Aufstand in Syrien begann im März 2011 und entwickelte sich in den folgenden Jahren zu einem zerstörerischen Krieg, an dem zahlreiche Akteure (regionale, internationale und nichtstaatliche) beteiligt waren. Nach mehr als zwölf Jahren Krieg ist Syrien immer noch in mehrere Einflusszonen aufgeteilt, die vom syrischen Regime, der Autonomen Administration Nord- und Ostsyriens (AANES) im Nordosten sowie Hay'at Tahrir al-Sham (HTS) und den türkischen Behörden im Nordwesten kontrolliert werden.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Syrien hat durch die Auswirkungen des Krieges und den jahrelangen Konflikt massive Zerstörungen erlitten. Die Struktur

der Wirtschaft wurde radikal verändert. Die massiven Zerstörungen im verarbeitenden Gewerbe und in der Landwirtschaft führten zu einer zerstörten Produktionskapazität und einem erheblichen Rückgang des Exportvolumens, das von 12,2 Milliarden US-Dollar im Jahr 2010 auf unter eine Milliarde US-Dollar im Jahr 2022 zurückging. Die wachsende Notwendigkeit, ausländische Produkte zu importieren, und die Abwertung des Syrischen Pfunds (SYP) haben die Kosten für Waren und Dienstleistungen in Syrien weiter in die Höhe getrieben. Die Handelsbilanz war in den letzten Jahren stark negativ und erreichte 2022 ein Minus von drei Milliarden US-Dollar.

Die Zerstörung und Zerschlagung großer Teile der Wirtschaft, die Militarisierung der Gesellschaft und die erzwungene Flucht von Millionen Syrern_innen haben die Zahl der Beschäftigten im Land drastisch verringert. Zwischen 2011 und 2019 sank die Zahl der registrierten Beschäftigten von 5,184 Millionen auf 3,058 Millionen, von denen etwas mehr als eine Million im Staatsdienst arbeiteten. Hinzu kamen etwa 760.000 Beschäftigte in der Privatwirtschaft und 1,2 Millionen Selbstständige. Die Bedeutung von Löhnen und Gehältern für die Schaffung von Wohlstand hat in Syrien während des Krieges kontinuierlich abgenommen. Einer Schätzung zufolge lag der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen im Jahr 2021 bei etwa 13 Prozent, während Gewinne und Renten die restlichen 87 Prozent ausmachten. Hohe Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne und ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften kennzeichnen auch die Situation der Arbeitskräfte in Syrien.

In der Zwischenzeit dürfte die Schattenwirtschaft, die vor 2011 schätzungsweise rund 30 Prozent der Beschäftigung (1,5 Millionen Menschen) und zwischen 30 und 40 Prozent des BIP ausmachte, vor allem aufgrund des zunehmenden Schmuggels und krimineller Aktivitäten erheblich gewachsen sein.

Anfang 2023 lag die Armutsquote in Syrien bei über 90 Prozent, verglichen mit einer Gesamtarmutsquote von 33,6 Prozent im Jahr 2007. Im Januar 2023 benötigten etwa 15,3 Millionen Menschen in Syrien humanitäre Hilfe. Darüber hinaus schätzt ein Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) von Ende März 2023, dass etwa 170.000 Arbeitnehmer_innen in Syrien infolge der Erdbeben vom Februar 2023 ihren Arbeitsplatz verloren haben und etwa 35.000 Kleinst- und Kleinunternehmen in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Den Löhnen und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer_innen wurde in allen Kontrollzonen Syriens nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. In den vom Regime kontrollierten Gebieten werden die Lebensbedingungen der Arbeitskräfte von der Politik weiterhin vernachlässigt. Zwar hat es im öffentlichen Sektor geringfügige Lohnerhöhungen gegeben, da das Ministerium für Soziales und Arbeit (MoSAL) das Arbeitsgesetz Nr. 17 von 2010 im Jahr 2019 leicht abänderte – leichte Erhöhung der Löhne um damals etwa neun Prozent und Anspruch auf Mutterschaftsurlaub – und der monatliche Mindestlohn für alle Sektoren von zunächst 16.175 SYP (ca.

1,15 Euro) auf 47.675 SYP (ca. 3,40 Euro) im Dezember 2019 und dann auf 92.970 SYP (ca. 6,60 Euro) im Dezember 2021 stieg, dennoch haben diese Maßnahmen nichts an der Verschlechterung der Lebensbedingungen für die Arbeitnehmer_innen geändert. Auch die von der syrischen Regierung zu bestimmten Anlässen gewährten Prämien, wie im April 2023 eine Zuwendung für Rentner_innen und Staatsbedienstete, einschließlich des Militärs, in Höhe von 150.000 SYP (ca. 11 Euro), haben die triste Lage der Arbeitnehmer_innen nicht verbessert.

Das Mindestgehalt in der Verwaltung der AANES wurde im März 2023 auf 520.000 SYP (ca. 37 Euro) angehoben, mit Ausnahme des monatlichen Mindestgehalts der Richter_innen, das unverändert bei 468.000 SYP (ca. 33 Euro) liegt. Die AANES ist der wichtigste Arbeitgeber im Nordosten des Landes und beschäftigt zwischen 200.000 und 230.000 Personen, von denen 100.000 bei den bewaffneten Sicherheitskräften (Asayish) oder den Demokratischen Kräften Syriens (DKS) beschäftigt sind. Im Nordwesten lag das Gehalt der Angestellten bei der Syrischen Übergangsregierung (Syrian Interim Government, SIG), deren Gesamtzahl auf 70.000 bis 75.000 Beschäftigte im Bildungs- und Gesundheitssektor sowie in der Syrischen Nationalarmee geschätzt wird, im April 2023 zwischen 600 und 1.000 Türkischen Lira pro Monat (ca. 17–29 Euro). Die Gehälter der Verwaltungsangestellten beginnen bei 1.200 Türkischen Lira (ca. 35 Euro) und erreichen 3.000 Lira (ca. 87 Euro). In den HTS-Gebieten lag das durchschnittliche Verwaltungsgehalt im April 2023 zwischen 500 und 720 Türkischen Lira (ca. 14–21 Euro).

Gleichzeitig sind die Inflationsraten in den letzten zehn Jahren in Ermangelung einer Indexierung der Löhne explodiert. Der Mindestwarenkorb, der auf den Messwerten des Welternährungsprogramms (WFP) basiert, hat sich seit September 2021 verdoppelt und erreichte im Dezember 2022 1.049.235 SYP (ca. 75 Euro).

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Aufgrund der sich verschärfenden Wirtschaftskrise im Land gab es eine Vielzahl von Protesten und Kritik am Regime in Damaskus. In den letzten Jahren kam es beispielsweise in Suweida und Dar'ā zu Demonstrationen, um gegen die politische Lage und die sozioökonomische Verschlechterung zu protestieren. Auch bescheidenere Formen des Arbeitskampfes gegen die Auswirkungen der wirtschaftlichen Liberalisierungspolitik der Regierung auf die Arbeitsbedingungen sind zu verzeichnen.

Die Beschäftigten der General Fertilizers Company und des Düngemittelproduktionskomplexes in der Nähe von Homs, die seit November 2018 nach Abschluss eines verlängerbaren Vertrags mit der syrischen Regierung im Rahmen des Gesetzes über öffentlich-private Partnerschaften (PPP) von dem russischen Unternehmen Stroytransgaz verwaltet werden, streikten Mitte April 2019, um gegen die schlechten Arbeitsbedingungen, die übermäßig langen Arbeitszeiten

und die niedrigen Löhne zu protestieren. Einige Monate später, im Oktober 2019, protestierten rund 3.600 Beschäftigte in der Hafenstadt Tartus gegen die Geschäftsführung von Sroytransgaz, nachdem das Unternehmen versucht hatte, sie zur Unterzeichnung neuer Verträge zu zwingen, die in Bezug auf Arbeitsbedingungen und -rechte unvorteilhafter gewesen wären. Die angebotenen Verträge basierten auf dem Arbeitsgesetz Nr. 17 aus dem Jahr 2010 für den privaten Sektor und nicht auf dem Arbeitsgesetz Nr. 50 aus dem Jahr 2004 für den öffentlichen Sektor, das in Bezug auf Löhne und Anreize, einschließlich Verpflegungszuschüsse, kostenlose Beförderung, Kranken- und Sozialversicherung, Rentenbezüge und Arbeitsschutzkleidung vorseht.

Das russische Unternehmen Sroytransgaz, dessen Management- und Entscheidungsebenen – einschließlich der Beschäftigungsfragen – von einer zentralen russischen öffentlichen Verwaltung geleitet werden, hat beiden Institutionen ein zentralisiertes, von oben nach unten ausgerichtetes Managementkonzept aufgezwungen. Darüber hinaus beauftragte Sroytransgaz ein syrisches Privatunternehmen, Sada Energy Services, das dem mit der 4. Division verbundenen Geschäftsmann Khider Ali Taher gehört, sich um die Beschäftigung der Arbeitnehmer_innen in beiden Einrichtungen zu kümmern.

Sada war für die Einstellung der Mitarbeiter_innen und die Zahlung ihrer Löhne zuständig. Nachdem im Februar 2020 zunächst alle Mitarbeiter_innen entlassen worden waren, bot Sada den Hafenarbeiter_innen neue Arbeitsverträge an, die aber nur von 2.500 der ehemals rund 3.600 Beschäftigten angenommen wurden. Die Übrigen lehnten entweder ab, weil sie mit den Bedingungen des neuen Vertrags nicht einverstanden waren oder administrative Hindernisse wie der obligatorische Militärdienst sie daran hinderten.

In den darauffolgenden Jahren erhoben die Hafenarbeiter_innen neue Forderungen. Im Juli 2020 verweigerten die Beschäftigten die Annahme ihrer Löhne, um gegen Verstöße von Sroytransgaz gegen ihre Verträge und Arbeitsbedingungen zu protestieren, darunter das Fehlen offizieller Lohnunterlagen, die Kürzung der Lebensmittelzuweisungen von 700 SYP auf 100 SYP und die Verzögerung von Prämienzahlungen.

Darüber hinaus wurden die Nominallöhne der Beschäftigten des Hafens von Tartus und der General Fertilizers Company im Sommer desselben Jahres – ein Jahr nachdem das russische Unternehmen die Kontrolle über die Geschäftsführung übernommen hatte – um rund 40 Prozent gekürzt. Die Beschäftigten mussten zudem Gehaltskürzungen hinnehmen, ohne dass es dafür eine klare Erklärung gegeben hätte, und beschuldigten das Privatunternehmen Sada der Unterschlagung.

Von den ehemals 1.800 Beschäftigten der General Fertilizers Company wurden bis September 2021 nur 400 von Sroytransgaz übernommen. Der Rest wurde entlassen. Dies steht im krassen Gegensatz zu der anfänglichen Erklärung des Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes im Gouvernement

Homs, Hafiz Khansar, wonach die zwischen Sroytransgaz und den Beschäftigten getroffene Vereinbarung die Übernahme von 85 Prozent der Beschäftigten garantiere. Die Beschäftigten des Hafens von Tartus wiederholten im November 2022 ihre Forderungen nach höheren Löhnen und Sozialleistungen, einschließlich Mahlzeiten, kostenloser Beförderung sowie Kranken- und Sozialversicherung.

Diese seltenen Fälle öffentlicher gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen, mit denen Druck auf den russischen Arbeitgeber ausgeübt werden sollte, wurden vom Allgemeinen Gewerkschaftsbund (GFTUW) einzudämmen versucht. Die Rolle des Verbandes beschränkte sich lediglich auf den Versuch, zugunsten der Arbeitnehmer_innen zu verhandeln, was jedoch, wie oben erläutert, mit einem eher schlechten Ergebnis endete.

Im August 2022 verbreiteten Aktivist_innen in den sozialen Medien Gerüchte, dass das Al-Salamiya-Krankenhaus seine Pforten schließen müsse, weil die Ärzt_innen aufgrund von Lohnknappheit, Medikamentenmangel und Schwierigkeiten bei der Sicherstellung der Krankenhausversorgung die Arbeit verweigerten. Im September 2022 gab der Vorsitzende der Gewerkschaft der Staats- und Gemeindebediensteten in Latakia, Fawaz al-Kanj, bekannt, dass mehr als 500 Beschäftigte in Einrichtungen und Unternehmen aus den Bereichen Spinnerei, Wasserressourcen, Tabak, Gesundheit, Landwirtschaft und in der Gemeindeverwaltung wegen niedriger Löhne und hoher Lebenshaltungskosten ihre Arbeit niedergelegt haben.

In dem von der Türkei kontrollierten Nordwesten kam es bei verschiedenen Gelegenheiten ebenfalls zu Protesten und Streiks aufgrund von Arbeitsbedingungen. In der Stadt Al-Bab sowie in mehreren Städten und Dörfern im Osten des Gouvernements Aleppo kam es beispielsweise Ende 2021 zu Demonstrationen und Streiks, die von Lehrer_innen organisiert wurden, um gegen niedrige Löhne zu protestieren und die Korruption der lokalen Verwaltung anzuprangern. Im November 2022 organisierten Lehrer_innen in Nord-Aleppo erneut Sitzstreiks und forderten höhere Gehälter sowie eine Verbesserung des Bildungsprozesses in den Schulen. Sie konnten ihre Forderungen jedoch nicht durchsetzen, da die Proteste von der Freien Syrischen Lehrergewerkschaft abgebrochen wurden.

In Al-Bab griff die Zivilpolizei ein, um das Protestzelt 24 Stunden nach seinem Aufbau gewaltsam zu entfernen. Zudem wurde einigen Lehrer_innen mit der Entlassung aus dem Dienst gedroht. Im Sommer 2022 hielten Dutzende von Mediziner_innen in Al-Bab eine Mahnwache ab, um gegen die ungleiche Bezahlung von türkischen und syrischen Ärzt_innen und medizinischem Personal zu protestieren. Auch im von der AANES kontrollierten Nordosten Syriens kam es 2022 in einigen Sektoren zu Streiks und Protesten aufgrund von niedrigen Löhnen, insbesondere im Bildungswesen. Lehrer_innen aus der östlichen Provinz Deir ez-Zor protestierten im März und September 2022 gegen die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage in der Region und gegen die Kürzung ihrer Monatsgehälter.

GEWERKSCHAFTEN IN SYRIEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Mitte der 1930er-Jahre begann sich in Syrien eine organisierte Arbeiter_innenbewegung herauszubilden. Im Dezember 1938 schlossen sich die Gewerkschaftsverbände aus Damaskus, Aleppo und Homs zum Allgemeinen Gewerkschaftsbund (GFTUW) zusammen.

Die Gewerkschaften kämpften für die Einführung eines Arbeitsgesetzes, den Acht-Stunden-Tag, einen Mindestlohn sowie für die Anerkennung von Gewerkschaftsrechten. Ein Erlass, der die Gründung von Arbeiter_innengewerkschaften erlaubte, wurde nach einem drohenden Generalstreik schließlich Anfang 1939 verabschiedet, aber erst im Juni 1948, nach der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1946, offiziell in Kraft gesetzt.

Nach der Unabhängigkeit Syriens entstand im Zuge der Frühindustrialisierung eine Arbeiter_innenklasse, die sich in den Städten konzentrierte und trotz ihrer geringen Größe begann, Gewerkschaften zu gründen und sich zu organisieren. Paradoxerweise entwickelten sich die Gewerkschaften in kleinen Betrieben rasch, sodass in Syrien Ende 1955 etwa 250 Gewerkschaften mit insgesamt 28.000 Mitgliedern registriert waren.

Nach dem Staatsstreich von 1963 versuchte das neue Regime, die aktiven und politisch bedeutsamen Teile der Arbeiter_innen und Landwirt_innen in korporatistischen, vom Re-

gime abhängigen und zentralisierten Verbänden zu organisieren. Die verschiedenen korporatistischen Volksorganisationen erfüllten im baathistischen Regime drei Funktionen: Vertretung, Mobilisierung und Kontrolle. Die Autonomie der Arbeiter_innenbewegung sowie alle anderen Formen der alternativen Linken und der progressiven Opposition wurden gleichzeitig gewaltsam unterdrückt.

Die folgenden Jahrzehnte waren gekennzeichnet durch die fortschreitende Auflösung aller unabhängigen Volksorganisationen, von Gewerkschaften bis hin zu Berufs- und Bürger_innenvereinigungen. Sie gerieten nach harter Repression unter die Autorität des Regimes.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Der GFTUW vereint alle Berufs- und Gewerkschaftsverbände in ganz Syrien und besteht aus sieben Branchen: Öffentlicher Dienst (Verwaltung, Banken, Gesundheit); Lebensmittel, landwirtschaftliche Entwicklung, Tabak und Tourismus; Verkehr; Öl und Chemie; Elektrizität und Metall; Kultur, Druck und Information; Bauwesen.

Die derzeitige Struktur des GFTUW umfasst einen Vorstand und einen Generalrat, die sich aus elf bzw. 75 Mitgliedern zusammensetzen und alle fünf Jahre vom Generalkongress des Verbandes gewählt werden. Der 27. Kongress des GFTUW fand im Jahr 2020 mit 479 Delegierten statt, die verschiedene Gewerkschaften aus den Provinzen und Berufsverbänden vertraten.

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Syrien

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Allgemeiner Verband der Arbeitergewerkschaften, GFTUW (gegründet 1938)	Jamal al-Qadri (seit 2015)	600.000–950.000	WFTU, ICATU

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Syrien

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Verband der Syrischen Handelskammern (gegründet 1975)	GFTUW	Vorsitzender: Muhammad Abu al-Hoda al-Lahham Erster Vize-Vorsitzender: Muhammad Amer Hamwi Zweiter Vize-Vorsitzender: Iyad Draq al-Sibai	212 Mitglieder in der Generalversammlung; 29 Mitglieder im Verwaltungsrat; 9 Mitglieder im Exekutivausschuss, die vom Verwaltungsrat gewählt werden.	–
Syrischer Verband der Industriekammern (gegründet 2006)	GFTUW	Vorsitzender: Muhammad Ghazwan al-Masri Vize-Vorsitzende: Talal Qalaaji, Louay Nahlawi	18 Mitglieder im Verwaltungsrat; 7 Mitglieder im Exekutivausschuss, die vom Verwaltungsrat gewählt werden.	–

Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ist für die Beschäftigten des öffentlichen Sektors praktisch obligatorisch; der Mitgliedsbeitrag wird direkt vom Gehalt abgezogen. Im Gegensatz dazu ist der Einfluss und die Mitgliedsstärke des GFTUW in der Privatwirtschaft sehr begrenzt. Die Rechte der Beschäftigten in der Privatwirtschaft werden von den Gewerkschaften in keiner Weise geschützt.

Gleichzeitig verbietet die Mehrheit der privaten Arbeitgeber die Bildung von Gewerkschaftsausschüssen in ihren Betrieben, übt direkt oder indirekt Druck auf die Beschäftigten aus, damit sie auf eine Gewerkschaftsmitgliedschaft verzichten und meldet sie häufig nicht bei der Allgemeinen Organisation für Sozialversicherung an. Im Jahr 2022 waren nur etwa elf Prozent der Beschäftigten in der Privatwirtschaft sozialversichert. Hinzu kommt, dass die Struktur der syrischen Unternehmen, die mehr als 99 Prozent der kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen (KKMU) im privaten Fertigungssektor des Landes ausmachen, keine gewerkschaftlichen Aktivitäten begünstigt.

Vor 2011 hatte der GFTUW schätzungsweise 1,2 Millionen Mitglieder. Der Vorsitzende des GFTUW gab 2018 an, dass die Mitgliederzahl auf etwa 950.000 gesunken sei, während die Zeitung *Qassioun* die Mitgliederzahl auf Grundlage eines Berichts, den der GFTUW für seinen 27. Kongress im Jahr 2020 veröffentlichte, auf etwa 600.000 schätzte.

Die Zeitung gehört der »Partei des Volkswillens« (*Hizb Alirāda aš-Ša'biā*) an, die vom ehemaligen Parlamentsabgeordneten Qadri Jamil gegründet wurde. Jamil wurde 2015 aus dem Parlament ausgeschlossen, nachdem er die Präsidentschaftswahlen 2014 boykottiert hatte.

Der GFTUW ist Mitglied des Weltgewerkschaftsbundes (WGB), dessen Regionalbüro für den Nahen Osten in Damaskus angesiedelt ist und von Adnan Azouz geleitet wird, einem syrischen Staatsbürger, der auch Dekan der Philosophischen Fakultät der privaten Qasyoun University ist. Der Verband ist zudem Mitglied des Internationalen Verbands der arabischen Gewerkschaften (ICATU), der am 13. Mai 2023 in Damaskus ein Kooperationsabkommen mit der Föderation der Arbeitnehmer_innen in Italien unterzeichnete.

Im Nordwesten gibt es zahlreiche Gewerkschaften, darunter die im Januar 2022 gegründete Freie Lehrer_innengewerkschaft sowie einige andere Berufsverbände wie die Zentrale Union Freier Jurist_innen, die Union Freier Syrischer Ingenieur_innen und die Union Freier Syrischer Ärzt_innen. Die Hauptziele dieser Organisationen beschränken sich auf demokratische Forderungen, die Unterstützung lokaler Oppositionsinstitutionen, die Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen, von lokalen bewaffneten Gruppen und der Einmischung der türkischen Besatzungstruppen in ihre Arbeit sowie auf den Protest gegen jegliche Form von Normalisierungsprozessen zwischen dem syrischen Regime und dem türkischen Staat.

Die Verwendung eines klassenbasierten Diskurses in ihren Programmen ist jedoch begrenzt. Bemerkenswert ist, dass

diese im Nordwesten Syriens tätigen Gewerkschaften in der Regel bei den lokalen Räten oder dem SIG registriert sind. In den von der HTS kontrollierten Gebieten wurde jedoch einigen dieser Gewerkschaften die Arbeit untersagt und sie wurden durch andere, mit der HTS verbundene Gewerkschaften ersetzt.

Die Gründung von Gewerkschaften im Nordwesten Syriens ist ein relativ neues Unterfangen. Im Gegensatz zur Union Freier Syrischer Ärzt_innen, die kurz nach Beginn des Aufstands im Jahr 2013 gegründet worden war, wurde die Zentrale Union Freier Jurist_innen, der Anwalt_innen aus verschiedenen von der Opposition kontrollierten Gebieten angehören, erst im Dezember 2019 gegründet, kurz vor der Gründung der Union Freier Syrischer Ingenieur_innen im Jahr 2018, die wiederum Ableger in den Gouvernements Aleppo und Idlib besitzt. Die meisten Verbände und Gewerkschaften im von der AANES kontrollierten Nordosten Syriens sind der Demokratischen Bewegung der Zivilgesellschaft (TEV-DEM) angeschlossen, die im Juli 2011 offiziell gegründet wurde und sich aus rund 27 Organisationen, Gewerkschaften, feministischen Organisationen, Genossenschaften und Vereinen zusammensetzt.

Die Gewerkschaften, die im von der AANES kontrollierten Gebieten aktiv sind, wurden im Allgemeinen nach dem Rückzug des syrischen Regimes aus den Gebieten im Nordosten Syriens und der Ersetzung durch die Volksschutzeinheiten (Yekîneyên Parastina Gel, YPG) sowie anschließend die AANES gegründet. Dazu gehören unter anderem die Gewerkschaft der Freien Medien (Yekîtiya Ragihandina Azad, YRA), die Gewerkschaft der Werktätigen, die Union Freier Syrischer Ärzt_innen oder die Gewerkschaft der Apotheker_innen. Große Teile dieser Gewerkschaften in der AANES sind offiziell unabhängig und haben gewählte Vorstände. Es ist jedoch bemerkenswert, dass diese Führungen alle Mitglieder der Partei der Demokratischen Union (Partiya Yekîtiya Demokrat, PYD) oder mit deren Einflussphären verbunden sind.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Innerhalb des GFTUW gibt es keinen Raum für Opposition. Jede Form der Kritik oder des Widerstands gegen das Regime oder die Baath-Partei ist untersagt. Formen des Dissenses innerhalb des Verbandes sind extrem isoliert und werden eingeschränkt. Neben dieser Dynamik hat der GFTUW das System des Regimes zur Instrumentalisierung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst als Mittel zur Erlangung und Festigung von Gehorsam sowie zur Belohnung von loyalen Personen und Gemeinschaften gestärkt. Zahlreiche Verordnungen und Gesetze, die der Staat in den letzten Jahren erlassen hat, spiegeln diese Ausrichtung wider. So verkündete die Regierung im Dezember 2014 einen Beschluss, wonach 50 Prozent der neuen Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor den Familien von »Märtyrer_innen« der syrischen Armee zugewiesen werden. Zudem wurden im Oktober 2018 durch einen Beschluss des Ministerrats alle Beschäftigten, die keinen Militär- oder Reservedienst geleistet haben, von der Be-

werbung für öffentliche Stellen ausgeschlossen. Der GFTUW hat diese Gesetze weitgehend unterstützt.

Auch auf regionaler Ebene halten sich die meisten Gewerkschaften an die Politik des Regimes, die im Allgemeinen gegen die Interessen der Arbeitnehmer_innen gerichtet ist. So hat beispielsweise die Jahreskonferenz der Damaszener Arbeitergewerkschaft im Februar 2023 den Vorschlag der Regierung angenommen, das Rentenalter von 60 auf 65 Jahre anzuheben, obwohl sich die Arbeitsbedingungen weiter verschlechtert haben.

Die historische Unterdrückung und Dominanz des syrischen Regimes über die Gewerkschaften sowie die jahrzehntelange Politik und Praxis der Spaltung der Gesellschaft durch Klientelismus, politische Loyalitäten und konfessionelle wie ethnische Diskriminierung, auch im öffentlichen Dienst, haben zu Behinderungen und Einschränkungen geführt. Das Ergebnis ist das Fehlen jeglicher Form des Dissenses innerhalb der derzeitigen offiziellen Gewerkschaften und Berufsverbände. Kollektive Arbeitskampfmaßnahmen konnten sich aufgrund dieses Umfelds nur sehr schwer entwickeln.

In den Gebieten außerhalb der Kontrolle der syrischen Regierung im Nordwesten ist die Arbeit der Gewerkschaften angesichts der sich erheblich verschlechternden politischen und sozioökonomischen Bedingungen noch schwieriger. Einige bewaffnete Oppositionsgruppen haben beispielsweise nicht gezögert, mit der Verfolgung von Journalist_innen und Medienaktivist_innen zu drohen, die ihren Aktionen kritisch gegenüberstehen. Strukturell haben die türkischen Behörden die lokalen Verwaltungen stark unter Kontrolle und greifen in bestimmten Bereichen, insbesondere im Gesundheits- und Bildungswesen, entschieden ein. Der türkische Bildungs Koordinator in Afrin hat etwa die Gründung einer Lehrer_innen-gewerkschaft in Afrin verhindert und sie als »politischen Akt« bezeichnet. Von den Lehrer_innen wurde zudem verlangt, dass sie Verträge für freiwillige Arbeit unterzeichnen, die ihnen die Teilnahme an Demonstrationen oder anderen Formen des Protests gegen eine Partei verbieten.

In den von der HTS kontrollierten Gebieten hat die Syrische Heilsregierung (SSG) nicht gezögert, Verwaltungsmitarbeiter_innen zu entlassen, die sich ihren Befehlen widersetzen, oder sie sogar zu verhaften. Darüber hinaus hat die SSG verhindert, dass Anwält_innen, die der Zentralen Union Freier Anwält_innen angehören, in ihren Regionen aktiv werden konnten, und darüber hinaus eine neue Gewerkschaft mit dem Namen »Freie Syrische Anwaltsvereinigung« gegründet. Zudem wurde der Sitz der Union Freier Syrischer Ingenieur_innen in Idlib gestürmt, nachdem der gesamte Rat aus Protest gegen das Vorgehen der SSG zurückgetreten war.

Im Nordosten Syriens verhängten die AANES-Behörden Beschränkungen und repressive Maßnahmen gegen zivilgesellschaftliche Akteure und Gewerkschaften, die nicht zu den PYD-Netzwerken gehören, auch wenn diese weniger stark ausfielen als in anderen Gebieten Syriens. Die Einschränkungen betrafen unter anderem die Meinungsfreiheit und die Möglichkeit, sich zu organisieren. So verlangten die AANES-

Beamt_innen beispielsweise von Journalist_innen, die über den Nordosten des Landes berichteten, dass sie der Union Freier Medien beitraten, um Presseausweise zu erhalten. Die inneren Sicherheitskräfte (Asayish) und die Anti-Terror-Einheiten (Yekîneyên Antî Teror, YAT), die beide der AANES angehören, haben an zahlreichen Orten im Nordosten willkürliche Verhaftungen vorgenommen. So wurden im Januar und Februar 2021 in den Städten Al-Darbasiyah und Amuda sowie in den Städten Rmelan und Al-Maabadah/Girkê Legê 30 Lehrer_innen verhaftet, die ohne offizielle Genehmigung der AANES-Verwaltung Privatunterricht für Schüler_innen der Mittel- und Oberstufe nach dem Lehrplan des Regimes erteilten. Sie wurden jedoch alle wieder freigelassen.

Der syrische Staat ist seit 1947 Mitglied der ILO und hat 50 ILO-Übereinkommen ratifiziert, darunter neun von zehn Kernarbeitsnormen. Im Jahr 2008 weitete die ILO ihre Zusammenarbeit mit Syrien im Rahmen des ersten Landesprogramms für menschenwürdige Arbeit (DWCP) aus, dem wichtigsten Instrument der ILO zur Unterstützung von einzelnen Ländern. Nach dem Ausbruch des Aufstands im Jahr 2011 stellte die ILO ihre Aktivitäten und Maßnahmen in Syrien jedoch ein.

Die Menschenrechtslage in Syrien, insbesondere in den von der Regierung kontrollierten Gebieten, hat sich verschlechtert. Vor allem gegen Kinder wurden schwerwiegende Verbrechen wie Kampf-Rekrutierung, Tötung oder Verstümmelung begangen. Die Wirtschaftskrise hat diese Mechanismen verschlimmert und zur Normalisierung geschlechtsspezifischer Gewalt sowie der Ausbeutung von Kindern beigetragen. Das beispiellose Ausmaß an Armut in Syrien hat zudem den Weg für die zunehmende Ausbeutung von Frauen in Form von Prostitution geebnet.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Der Gewerkschaftsbund GFTUW regelt und überwacht die meisten Aspekte der Gewerkschaftsarbeit, einschließlich der Kontrolle der Sektoren und Berufe, die von einer Gewerkschaft vertreten werden können, sowie der Entscheidungen über die Bedingungen und Maßnahmen für die Verwendung von Gewerkschaftsmitteln. Zudem hat er das Recht, den Vorstand einer Gewerkschaft zu entlassen. Alle Arbeitnehmer_innenorganisationen müssen dem GFTUW angehören. Gleichzeitig ermächtigt das Gesetz das Ministerium für soziale Angelegenheiten und Arbeit (MoSAL), die Zusammensetzung des GFTUW-Kongresses zu bestimmen und die Bedingungen und Verfahren für die Verwendung von Gewerkschaftsgeldern festzulegen.

Was die Rechte der Arbeitnehmer_innen anbelangt, so wird das Recht auf Tarifverhandlungen im Arbeitsgesetz Nr. 17 anerkannt. Allerdings hat sich das MoSAL weitreichende Befugnisse vorbehalten, um die Registrierung abgeschlossener Tarifverträge zu verweigern oder anzufechten. Darüber hinaus wird das Streikrecht in der Privatwirtschaft, obwohl Streiks nicht illegal sind, häufig durch die Androhung von Strafmaßnahmen und Geldbußen untergraben. Beispielsweise werden

Streiks mit mehr als 20 Beschäftigten in bestimmten Branchen wie dem Transport- und Telekommunikationssektor mit Geld- und sogar Gefängnisstrafen geahndet.

Auch im öffentlichen Sektor sind die Rechte der Arbeitnehmer_innen eingeschränkt. Der GFTUW unterstützte und förderte 1985 ein Arbeitsgesetz für alle Staatsbediensteten, das diese in auffälliger Weise zwang, sich den politischen Zielen des Baath-Regimes zu unterwerfen, und Streiks verbot. Der GFTUW unterstützte zudem das Gesetz Nr. 50 (2004), das die Arbeitsbeziehungen im öffentlichen Sektor regelt und die Beschäftigten zur Einhaltung der staatlichen Ziele verpflichtet. Darüber hinaus kann die Behinderung oder Beeinträchtigung der Erbringung staatlicher Dienstleistungen durch öffentlich Bedienstete zur Unterdrückung ihrer Bürger_innenrechte führen.

Die Schaffung eines »demokratischen Systems der Gemeinden und Räte in Rojava« war das ursprüngliche erklärte Ziel des TEV-DEM bei seiner Gründung im Nordosten. Nach der Gründung von AANES im Jahr 2018 konzentrierte sich TEV-DEM darauf, als Dachorganisation für zivilgesellschaftliche Akteure zu fungieren, darunter Gewerkschaften und andere Institutionen, die mit ihren Netzwerken der PYD angeschlossenen oder mit ihr verbundenen Organisationen affiliert sind. Diese Organisationen können als Teil der »Zivilgesellschaft« oder als einflussreiche Netzwerke der PYD betrachtet werden, die sich in der Regel an die Parteipolitik halten und diese umsetzen, gelegentlich aber auch Forderungen ihrer Wählerschaft übermitteln.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Der GFTUW und die Berufsverbände haben sich in korporatistische Werkzeuge des syrischen Regimes verwandelt und stehen unter der Dominanz und Kontrolle der Baath-Partei. Der Großteil ihrer Führungskräfte, einschließlich der Präsident_innen, wurde und wird immer noch systematisch aus den Reihen der führenden Mitglieder der Baath-Partei ausgewählt. In den letzten Jahrzehnten hat der GFTUW Strategien und Praktiken entwickelt, um seine Mitglieder für eine kontinuierliche produktive Arbeit zu mobilisieren, die Unterstützung der Arbeiterklasse für das Regime zu gewinnen und dem Regime, wenn nötig, als Verteidiger zu dienen.

Der GFTUW bietet seinen Mitgliedern weiterhin besondere Dienstleistungen an, von denen die meisten kostenlos oder im Vergleich zu institutionellen Alternativen recht preiswert sind. Der Verband ist vor allem im Bereich der öffentlichen Gesundheit sehr aktiv. Wichtige und führende Mitglieder des GFTUW und der Berufsverbände wurden 2016 oder 2020 zu Abgeordneten »gewählt« und vertraten ihre Regierung bei zahlreichen internationalen Konferenzen sowie regionalen und internationalen Organisationen.

Der GFTUW hat sich weder praktisch noch formal gegen die wirtschaftliche und politische Dynamik der Regierung gestellt. Dschamal al-Qadri, seit 2015 Vorsitzender des GFTUW, ist Mitglied der Baath-Partei, seit 2016 Parlaments-

abgeordneter und Mitglied des von den Vereinten Nationen vermittelten Verfassungsausschusses auf der Liste der syrischen Regierung. Zudem wurde er im August 2021 für fünf Jahre zum Generalsekretär der ICATU gewählt.

Al-Qadri, der im Februar 2020 als Präsident der GFTUW wiedergewählt wurde, hat die zu Beginn seiner Amtszeit gemachten Zusagen nicht eingehalten, insbesondere die Änderung des Gesetzes von 2004 über öffentliche Staatsbedienstete und das Angebot von Jahresverträgen für alle Tagelöhner_innen im öffentlichen Dienst. Diese sind sehr prekären Arbeitsbedingungen ausgesetzt und kommen auch nicht in den Genuss bestimmter sozialer Vergünstigungen wie Krankenversicherung oder Essensgeld. Darüber hinaus ist der reale Wert der Gehälter kontinuierlich gesunken.

Im weiteren Sinne hat der GFTUW unter Führung von al-Qadri den traditionellen neoliberalen Diskurs über die Notwendigkeit, die Effizienz staatlicher Unternehmen und öffentlicher Einrichtungen durch die Entwicklung flexiblerer und besserer Arbeitsmechanismen zu steigern und deren Rechtsvorschriften zu überdenken, kontinuierlich gefördert. Einen vollständigen Privatisierungsprozess für öffentliche Unternehmen mit Gewinnstreben lehnte er jedoch ab. Al-Qadri erklärte, dass das PPP-Gesetz nur staatliche Unternehmen umfassen solle, die Defizite aufweisen, auch wenn sie Schäden oder Zerstörungen erlitten hätten, und rief dazu auf, in der gegenwärtigen Phase keine langfristigen Lösungen zu wählen. In ähnlicher Weise unterstützt der GFTUW die Propaganda des syrischen Regimes gegenüber internationalen und regionalen Verbänden und Gewerkschaften bei Konferenzen außerhalb des Landes oder bei Empfängen in Syrien.

Joseph Daher ist Lehrbeauftragter an der Universität Lausanne und Teilzeitprofessor am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz.

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Mirko Herberg, Internationale Gewerkschaftspolitik
mirko.herberg@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.